

Geneigte Bestellungen auf die „Stettiner Zeitung“ für das 4. Quartal 1868 wolle man auswärts bei der nächsten Postanstalt möglichst frühzeitig machen. Der Pränumerationspreis beträgt bei allen Postanstalten in Preußen und Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr.; in den bekannten hiesigen Expeditionen vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr.

Der Arbeitertag in Nürnberg

hat zur Vereinigung der deutschen Arbeiter-Vereine geführt. Dieselben haben sich in zwei Lager getrennt, von welchem das eine sich um die Fahne Bebel's und Liebknecht's, das andere um die Fahne Pfeiffer's und Hochberger's geschaart hat; oder, um es prägnanter auszudrücken: die Arbeiter-Vereine, welche die Wege der preußenseitlichen „Volkspartei“ wandeln wollen, haben dieseljenigen, welche der nationalliberalen Führung vertrauen wollen, zum Austritt genötigt.

An diesem Vorgange ist das Resultat interessant, aber fast noch mehr die Art und Weise, wie es herbeigeführt worden ist.

Es hat sich nämlich in Nürnberg und innerhalb des Arbeiterbundes dieselbe Geschichte wiederholt, welche in Frankfurt am Bundestage gespielt hat; die Volkspartei hat es dem alten Bundestage nachgemacht. Wie dieser Preuse majorisierte wollte, so haben die Herren Bebel und Konsorten, die durch ihre Mitgliederzahl und Intelligenz großer Vereine durch die Majorität der kleinen Vereine bestimmen wollen, ihrem Vereinszwecke ungetreu werden zu wollen und diese dadurch genötigt, dem Bunde abzusagen.

Jedenfalls sind diese in ihrem Recht, wenn sie sich von dem Zwecke, um dessen willen sie sich konstituiert haben, nicht abringen lassen; wenn sie innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung die Interessen der Arbeit und der Arbeiter verfolgen wollen und lediglich diese Interessen — statt sich in Wege drängen zu lassen, welche wie die der Volkspartei und des „internationalen Arbeiterbundes“ zum Umsturz aller sittlichen und politischen Ordnung führen müssten; sie werden eben darum doch dem Schicksal nicht entgehen können, welchem alle gemäßigten Richtungen unterliegen. Schon jetzt bezeichnet sie die „Zukunft“, das Jacoby'sche Organ der Sozialdemokratie als die „Heulerpartei“ und da die Volkspartei im Namen der „Freiheit“ steht und in deren Namen alles Unmögliche verspricht, was eine wüste Phantasie, welche ebenso sehr an allen geschichtlichen Voraussetzungen, wie sogar von allen durch die Natur selbst gezogenen Bedingungen abstrahiert, so werden die Secessionisten sich bei Zeiten dann gewöhnen müssen, mit den Reaktionären und Feudalen auf eine Linie gestellt zu werden und zusehen, wie sie sich mit dem Vorwurf der „Unfreiheit“ vertragen können. Denn in der amüsablen Parteienbenennung liegt ein viel größerer Theil der Stärke, welche der Radikalismus ausübt, als man wohl annehmen sollte und schwache Gemüthe vertragen es auf die Dauer kaum, im Namen der „Freiheit“ verspottet zu werden.

Wie wenig aber der Geist, welchen die unter Bebel's Fahnen geschaarten Vereine besitzen, der Geist der Humanität, also der Freiheit sei, das hat Herr Benedey in seinem an den Präsidenten des Arbeitertages gerichteten Schreiben (d. d. 6. September) ausgesprochen, nachdem man seinen versöhnlichen Antrag hatte tott reden, ohne ihn selbst zum Worte kommen zu lassen. Er bezeichnet diesen Geist als „Hochmuth der Klasse“, denn dieser Geist stelle „die Arbeiter feierlich allen andern Klassen gegenüber“. Dieser „Hochmuth“, so führt Benedey weiter aus, müsse alle anderen Klassen in die Arme der „Nacht“ führen und man werde es zum zweiten Male, wie 1848 erleben, „daß die Arbeiter die Revolution in die Sadgasse des Cäcilismus hineintreiben halfen“.

Natürlich versangen solche Warnungen nichts bei Menschen, welche nur ihre persönlichen Zwecke der Herrschsucht oder Eitelkeit vor Augen haben und um diesen die Kraft der Massen dienstbar zu machen, kein wirksameres Mittel haben, als die Unzufriedenheit durch Vorspiegelung unmöglicher Hoffnungen immer rege zu erhalten. Je mehr sie die Geister verwirren, je mehr es ihnen gelingt, die Unzufriedenheit zu nähren und je mehr sie darauf bedacht sind, den Massen jeden Fortschritt sozialer Entwicklung und jeden Gewinn zu verleidern, indem sie ihn mit idealen Verheißungen kritisieren; desto fester verbinden sie sich die ihren nächsten Aufgaben entfremdeten Massen.

Die „Zukunft“, auf welche sie verweisen, gehört ihnen freilich nicht; aber was kümmert es sie, wenn nach ihnen — die Sündflut kommt.

Deutschland.

■ Berlin, 14. September. Es hat wieder ein Falsifikat den Weg in die Presse gefunden, eine angebliche Depesche nämlich, die der Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Thile, an den gegenwärtigen Vertreter der preußischen Botschaft in Paris, Grafen Solms, wegen der Maßregel der Hinausschiebung der Rekruteneinstellung zur Mitteilung an die französische Regierung gerichtet haben soll. Die Falschheit des Altenstückes, die übrigens bereits auch von den französischen Journalen zugestanden wird, geht schon aus verschiedenen Neuveröffentlichkeiten, u. A. aus dem Datum der Depesche vom 28. August, wo Herr v. Thile überhaupt in Berlin nicht mehr anwesend war, und aus den bei dergleichen preußischen Altenstücken nicht üblichen Einleitungsreden und Schlusssworten hervor. Wenn aber selbst diejenigen Blätter, welche die Falschheit dieses Dokuments anerkennen, trotzdem von Mittheilungen sprechen, welche den auswärtigen Staaten von der preußischen Regierung über die betreffende Maßregel gemacht worden seien, so ist dem gegenüber zu bemerken, daß dazu keine Veranlassung vorgelegen hat. Die Verschiebung der Rekruteneinstellung ist eine Maßregel der inneren Verwaltung und eben deshalb kein Anlaß vorhanden, den auswärtigen Mächten darüber Mitteilung zu machen. Noch irrtümlicher ist die von einigen deutschen Zeitungen ausgesprochene Meinung, daß die Maßregel von Preußen geöffnet worden sei, um die französische Regierung zu einem ähnlichen Schritte zu veranlassen. Was die französische Regierung nunmehr in Bezug auf die innere Verwaltung thun wird, ist eine Sache, um die sich die preußische Regierung nicht zu

kümmern hat. Nur die Schlussfolgerung ist gerechtfertigt, daß die preußische Regierung die Maßregel jedenfalls nicht getroffen haben würde, wenn sie die europäische Situation nicht als friedlich auffaßte. Daß die französischen, namentlich die französischen offiziösen Blätter, die Maßregel als ohne jede militärische Bedeutung, die sie allerdings hat, und nur als durch finanzielle Rücksichten geboten hinstellen, so ist dies daraus zu erklären, daß sie der Opposition daheim die Waffen entziehen wollen, welche dieselbe gegen die Fortsetzung der Arbeiten der Reorganisation der französischen Armee in Anwendung bringen könnte. — Das Gerücht, daß im nächsten Monat der Besuch des französischen Kaisers hier zu erwarten sei, ist nicht begründet. — Morgen Mittag 12 Uhr wird die Konferenz zum Abschluß eines Postvertrags zwischen dem norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg und Baden einer- und Italien anderseits im Gebäude des Generalpostamts eröffnet werden. Die Ankunft der betreffenden Bevollmächtigten wird im Laufe des heutigen Tages erwartet. — In der vorigen Woche ist von hier aus die Zustimmung zu der revidirten Telegraphen-Konvention zwischen den verschiedenen Staaten Europas nach Wien abgesandt worden, wohin sämtliche Regierungen, welche sich an der Telegraphen-Konferenz beteiligt, sich zu äußern haben und von wo aus die Mithilfen über den erfolgten Beitritt derselben zu den gefassten Beschlüssen den Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden. Eine Ratifikation der Wiener Abmachungen erfolgt nicht, da sie im Grunde nur eine Revision der Pariser Telegraphen-Konvention sind. Deshalb hat auch der König als Präsident des norddeutschen Bundes den Bundeskanzler nun beauftragt, der österreichischen Regierung anzuzeigen, daß das Präsidium den beschlossenen Änderungen der Konvention beitritt. Die nächste Zusammenkunft des Telegraphen-Kongresses wird im Jahre 1871 zu Florenz stattfinden. — Mit einer großen Bestimmtheit tritt in den Zeitungen jetzt wieder die Nachricht auf, daß der Kriegsminister v. Roon in nächster Zeit werde zum Bundeskriegsminister ernannt werden. Es ist daran zu erinnern, daß eine derartige Veränderung nach der Reichsverfassung nur auf gesetzlichem Wege unter Mitwirkung des Reichstags geschehen kann, daß sie also wenigstens noch nicht in nächster Zeit eintreten kann. — Die Nachrichten, daß in Jütland für Rechnung der preußischen Regierung starke Pferde einkauft gemacht werden, sind vollständig unbegründet und werden hier nur als ein dänisches Manöver angesehen, das den französischen Chauvinisten Stoff zu Alarmnachrichten zuführen soll. — Die Mitteilung der „Post“, daß der preußische Landtag am 15. Oktober zusammenentreten werde, hat keinen tatsächlichen Anhalt. Entscheidungen in dieser Hinsicht sind überhaupt noch nicht getroffen und will man eben Vermuthungen aufstellen, so geben sie richtiger jedenfalls dahin, daß der Zusammentritt schon der Provinziallandtage wegen nicht vor dem Monat November stattfinden kann. — Eine auffallende Erscheinung hat die Zusammensetzung der Wanderversammlung der deutschen Land- und Forstwirthe in Wien dargeboten. Es hatten sich ungefähr 600 Theilnehmer eingefunden, von denen jedoch die überwiegende Mehrzahl Preußen und dem norddeutschen Bunde angehörte. Die Zahl der Mitglieder aus Österreich und Süddeutschland war so gering, daß die Versammlung nur aus Norddeutschen zu bestehen schien und die Österreicher mit den Süddeutschen nur das Bild von Gästen darboten. Auch schienen diese nicht ihre besten Kräfte entfaltet zu haben oder deren nur wenige zu besitzen, denn es lamen bei den Debatten auf 3 oder 4 Norddeutsche erst Einer aus ihrer Mitte. Es würde dieses Verhältnis noch auffallender gewesen sein, wenn sich nicht sämtliche Lehrer der landwirtschaftlichen Akademie Ungarisch-Altenburg eingestellt hätten und die Bevollmächtigten des österreichischen Ministeriums nicht tüchtige und redegewandte Männer gewesen wären. In der Sektion der Forstwirthe stellte sich jedoch für Österreich und Süddeutschland ein entschieden günstigeres Verhältnis heraus. Die Sektion zählt ungefähr 100 Mitglieder, unter denen sich nur 1 Preuse befand. Man kann also den Schluss ziehen, daß sich die Landwirtschaft in Preußen und Norddeutschland zu einer höheren Stufe von Intelligenz als in Österreich und Süddeutschland emporgeschwungen hat, daß dort aber der Forstwirtschaft ein höheres Interesse zugewandt wird. Während übrigens die Stadt Wien der Versammlung wenige Sympathien zuwandte, war dagegen der Kaiser und die Regierung bemüht, den Versammelten den Aufenthalt in Wien möglichst angenehm zu machen.

Berlin, 15. September. In der letzten Zeit hat sich besonders mit Rücksicht auf die bedeutende Herabsetzung des Postos der Briefverkehr nach Amerika sehr gesteigert. So sind in den letzten drei Monaten durch die Hamburger und Bremer Dampferlinien nach New York 722,082 Briefe befördert worden, und eine weitere Zunahme ist in Zukunft kaum in Zweifel zu stellen.

Eine Vergleichung des so eben bei Decker erschienenen diesjährigen Justizterminkalenders mit dem vorjährigen weist für das verflossene Kalenderjahr ein auffallendes Avancement in den höheren und höchsten Richterstellen der alten Provinzen nach. Es wurden in demselben ernannt: 5 erste Präsidenten, 2 Präsidialen und 8 Vice-Präsidenten bei den Appellationsgerichten, 2 Stadtgerichts-Präsidenten, 2 Ober-Tribunalräthe, 7 vortragende Räthe im Justiz-Ministerium, 31 Appellationsgerichtsräthe und etwa 30 Kreisgerichtsdirektoren.

Danzig, 13. September. Zu Abban-Jastrow, Kreis Deutsch-Krone, wurde einem Besitzer ein Beutel mit fünfzig Thaler gestohlen. Der Beschädigte hatte den Schäfer der Gemeinde, einen hochbetagten und bis dahin unbescholtenen Mann, in Verdacht. Er ging zu ihm und mishandelte, um ein Geständniß von ihm zu erpressen, den Greis so lange mit Schlägen, bis dieser seinen Geist aufgab. Der Thäter ist gefangen eingezogen worden, der Getötete aber allem Anschein nach unschuldig an dem Diebstahl. — Gestern starb der älteste und einer der beliebtesten unserer Aerzte, Sanitätsrat Dr. v. Duisburg, ein eisiger Kunstmögner und erfahrener Gemäldekennner, 72 Jahre alt.

Posen, 14. September. Zu der soeben beendeten Inspektionsreise Sr. Königl. Hoh. des Kronprinzen meldet noch die „Pos. Ztg.“ aus Bronk, vom 10. September: Sr. K. H. der Kronprinz passirte gestern zu den schon angegebenen Stunden unsere Stadt, die zu seinem

Empfang schon am Dienstage ein festliches Kleid angelegt hatte. Die zu durchfahrenden Straßen und der Markt waren reichlich mit Laubgußlanden, Flaggen und Wimpeln geschmückt; die vom Bauführer Bauer erbaute Ehrenpforte am Eingange der Stadt vom Bahnhofe her, das evangelisch Pfarrhaus und das Postgebäude zeichneten sich durch Dekoration aus. Sr. K. H. stellten sich früh um 4 Uhr auf dem Bahnhofe die Herren Postoth Bauer und Landrat von Massenbach vor. Die Fahrt ging mittelst Extrajet nach dem Mandoverplatz, wo sich die benachbarte Geistlichkeit und eine Anzahl von Gutsbesitzern eingestellt hatte. Die Rückfahrt in unsere Stadt erfolgte um $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags in Begleitung des Generals von Steinmetz. Der Kronprinz erwiederte die ihm dargebrachten Huldigungen nach allen Seiten hin aufs Freundlichste, er trug Dragoner-Uniform. Vormittags war auch der Herr Oberpräsident hier eingetroffen, hatte den Brückenbau inspiziert und begrüßte Sr. K. H. bei der Rückfahrt auf dem Bahnhofe. Dort unterhielt sich der Prinz vor Abfahrt des Extrajet, der ihn nach Kreuzfahrt, noch auf das Leutzelste mit den anwesenden Bürger-Deputation und sprach u. A. dem Erbauer der Ehrenpforte seine besondere Anerkennung aus.

Reichenbach, 12. September. Die neu zu begründende Realshule eröffnet Klasse, deren Patronat diejenigen, welche die Anstalt ins Leben rufen, dem Königl. Fiskus übertragen haben, wird zu Michaelis d. J. in den vier unteren Klassen eröffnet werden. Zur Zeit besteht im Regierungsbezirk Bezirk Breslau außer den beiden Realshulen in der Hauptstadt der Provinz keine andere derartige Schule; und bei der allzugroßen Frequenz dieser Anstalten hat stets eine große Anzahl Zöglinge von auswärts zurückgewiesen werden müssen; die dritte Realshule in Breslau aber, für die das Gebäude seit länger als Jahresfrist fertig dasteht, ist wegen des Oppensius, der über den konfessionellen Charakter dieser Anstalt zwischen den städtischen Behörden und der Königl. Staatsregierung obwalte, noch nicht eröffnet worden, deshalb dürfte dem Emporblühen der hiesigen Anstalt, wenn die Wahl der zu berufenden Lehrer glücklich ausfällt, ein günstiges Prognosticon zu stellen sein. Zum Direktor ist dem Vernehmen nach der Oberlehrer Bersemann am Kgl. evangelischen Gymnasium zu Glogau bestimmt.

Schleswig, 9. September. Die Gutsbesitzer des Herzogthums Schleswig sind auf den 26. d. M. hierher geladen, um unter Vorsitz des Regierungsrats v. Rumohr die Wahl von 5 größeren Grundbesitzern zum Provinzial-Landtage zu vollziehen. Wahlberechtigt sind sämtliche Grundbesitzer, welche zur Führung einer Birkl- und Kollektivstimme im Stande der größeren Grundbesitzer auf dem Kreistage befähigt sind.

Trier, 14. September. Gestern haben, wie der „Euchar.“ meldet, im bischöflichen Priesterseminar Exerzitien für die katholische Geistlichkeit der Diözese unter Leitung des P. Tillmann aus dem Redemptisten-Orden begonnen. Die Beteiligung ist eine sehr rege, denn schon beim Beginne hatten sich über 80 Theilnehmer eingefunden. — Gestern ist die Adresse des Klerus in Sachen der Versehung des Bischofs an den Papst nach Rom abgegangen. (Dr. Everhardt ist bekanntlich für den erzbischöflichen Stuhl in Freiburg in Aussicht genommen. Die Adresse bitte, ihr in Trier zu belassen.)

Schwerin, 12. September. Als ich gestern beim großherzoglichen Schlosse vorüberging, war ich nicht wenig erstaunt, plötzlich Sr. Maj. dem Könige von Preußen zu begegnen, welcher in Ueberzieher und Helm — wie man sein Bild sieht hier in allen Schaufenstern sieht — ohne jede Begleitung aus dem Schlosse kam und zur Stadt ging. Man ist so gewohnt, große Häupter mit Begleitung zu sehen, daß ich erst meinen Augen gar nicht recht trauen wollte; als der König aber mit dem ihm eigenen freundlichen Blicke meinen Gruß erwiederte, konnte ich nicht mehr zweifeln. Sr. Maj. ging in das kleine Palais seiner Schwester, D. K. Hoh. der Großherzogin-Mutter Alexandrine. Es fehlt denn auch nicht an den sofort sich ansammelnden Gruppen, welche den König wieder herauskommen sehen wollten, was ich aber freilich nicht abwarten konnte. Abends war die Parole: Krähenhaus und Zapfenstreich! für das ganze schau- und hörlustige Schwerin. Das Krähenhaus im Schloßgarten ist nämlich der Sommeraufenthalt der Großherzogin-Mutter und dort war eine Soirée für den Hof angezagt, bei welcher die Militär-Musikschöre des siebzehnten Division eine Serenade aufführten und dann die Spielleute den großen Zapfenstreich schlagen sollten. So geschah es denn auch. Ich habe davon aber nichts weiter profitieren können, als den Rückmarsch der Musikschöre in die Stadt, der unter andauernd voller Musik geschah. Heute früh holten die mecklenburgischen Regimenter schon um halb 7 Uhr ihre Fahnen und Standarten aus dem großherzoglichen Schlosse und mit ihnen zog auch sofort wieder eine unabsehbare Reihe von Wagen aus dem Thore, um rechtzeitig Zuschauer auf das Mandover-Terrain zu bringen. In die Stadt zurückgekehrt, fuhren Sr. Majestät der König mit Sr. K. H. dem Großherzoge nach der neuen Kaserne für die Artillerie, zum Exerzirhouse und zum Lazareth, deren Lage besichtigt wurden. Die Abreise nach Lübeck erfolgt heute Abend um 5 Uhr; das Diner im Schlosse ist deswegen schon um 3 Uhr festgelegt, bis zu welcher Zeit der König sich Militärvortrag von dem General v. Treskow, Chef der Abteilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegsministerium, halten läßt. So sind denn auch diese beiden festlichen Tage vorübergegangen; aber nicht ohne Stärkung für das Bewußtsein der ganzen deutschen Nation, daß für das deutsche Bundesheer jetzt auch praktisch und materiell eine Einheit, Zahl und Kraft gewonnen ist, welche gegen die frühere Zerfahrenheit erfreulich und ermutigend absticht. Welche Weitläufigkeiten, Berathungen, Bedenken und Beschwichtigungen würden noch vor drei Jahren dazu gehörten, um holsteinische, mecklenburgische und preußische Truppen zusammen über zu lassen, und wenn sie dann auseinander gingen, behielt ein jeder Einzelne doch seine „berechtigten Eigenthümlichkeiten“, so daß so viel wie gar nichts von einer gemeinschaftlichen Übung gewonnen war. Das ist jetzt anders und besser! Möge es zum Wohl des gemeinsamen großen deutschen Vaterlandes auch so bleiben!

Karlsruhe, 13. September. Zum Zwecke strategischer Stu-

